



Positionierung der AfD zu Europa – Relevanz für den Mittelstand

Zusammenfassung:

Sowohl das Europawahlprogramm 2024 als auch das Grundsatzprogramm der AfD zielen auf eine radikale Transformation der europäischen Wirtschaftsarchitektur ab. Im Zentrum steht die Abkehr vom Euro und die Auflösung der Europäischen Union in ihrer jetzigen Form. Die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen wären insbesondere für den Mittelstand immens. Die mittelständische Wirtschaft wird in beiden Programmen insgesamt kaum erwähnt, vorrangig im Kontext des Bürokratieabbaus.

Forderungen der AfD:

Auflösung der EU-Strukturen

- **AfD-Position:** Die Partei stuft die EU als „undemokratisch und reformunfähig“ ein. Sie soll in ihrer jetzigen Form abgeschafft und durch einen „Bund europäischer Nationen“ ersetzt werden, der die Souveränität der Mitgliedstaaten wiederherstellt. Sollten die Forderungen nach einer Rückverlagerung von Kompetenzen nicht erfüllt werden, wird als Ultima Ratio ein Austritt Deutschlands aus der EU angestrebt.
- **Wirtschaftliche Auswirkungen:** Ein Rückzug aus dem Binnenmarkt würde den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen beenden. Für den Mittelstand entfielen die rechtliche Harmonisierung und der zollfreie Zugang zum europäischen Absatzmarkt – dem wichtigsten Abnehmer deutscher Produkte. Neue Handelsbarrieren würden die Lieferketten der Unternehmen zudem erheblich beeinträchtigen. Produktionskosten erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowohl in Europa als auch in Drittländern erheblich beeinträchtigen.

Ausstieg aus dem Euro

- **AfD-Position:** Die AfD betrachtet den Euro als gescheitert und fordert die Wiedereinführung nationaler Währungen. Das Grundsatzprogramm sieht hierzu eine

Volksabstimmung vor. Zudem lehnt die AfD jede Form der gemeinsamen Schuldenaufnahme auf EU-Ebene ab.

- **Wirtschaftliche Auswirkungen** Eine neue nationale Währung würde aufgrund der deutschen Wirtschaftsstärke massiv aufwerten. Dies würde deutsche Exportprodukte schlagartig verteuern. Für mittelständische Betriebe stiegen zudem die Transaktionskosten und Wechselkursrisiken im täglichen Handel wieder an. Unternehmen stünden somit vor der doppelten Herausforderung einer abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitig steigenden administrativen Anforderungen.

Fachkräfteeinwanderung erschweren

- **AfD-Position:** Die AfD fordert eine strikte Begrenzung der Zuwanderung aus Drittstaaten und setzt auf „Remigration“ in der irregulären Migration sowie eine stark begrenzte Fachkräfteeinwanderung. Ein staatliches Punktesystem sowie konjunkturabhängige Branchen- und Quotenregelungen sollen die Zuwanderung von Fachkräften dabei begrenzen. Für hochqualifizierte Bewerber soll die Blaue Karte der EU weiterentwickelt werden.
- **Wirtschaftliche Auswirkungen:** Angesichts des demografischen Wandels und des akuten Fachkräftemangels ist der Mittelstand auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Starre Quotenregelungen und praxisferne Hürden bei Sprachnachweisen würden den Fachkräftemangel verschärfen und die Anwerbung internationaler Talente massiv erschweren. Zudem würde ein angestrebter Austritt aus der EU den freien Personenverkehr innerhalb des EU-Binnenmarkts beenden und qualifizierte Zuwanderung weiter erschweren.

Energie und Klimapolitik

- **AfD-Position:** Die Partei bewertet den menschengemachten Klimawandel als ökosozialistisches Projekt. Sie fordert die Abschaffung des EU-Emissionshandels sowie die Rückabwicklung der Energiewende und setzt stattdessen auf eine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken sowie die verstärkte Nutzung fossiler Energieträger.
- **Wirtschaftliche Auswirkungen:** Eine radikale Kehrtwende gefährdet die Planungssicherheit. Viele mittelständische Unternehmen haben – auch in ökologisch geprägten langfristigen Verantwortungen, Grundsätzen und Ausrichtungen – bereits massiv in grüne Technologien investiert. Diese Investitionen rentieren sich nur, wenn der eingeschlagene Pfad der Emissionsreduktion verlässlich fortgeführt wird. Gleichzeitig muss jeder zukünftige Ansatz der Emissionsreduktion so ausgestaltet sein, dass sie der Wirtschaft auch Raum zur Anpassung lässt.

Freihandel

- **AfD-Position:** Die Partei bekennt sich grundsätzlich zum Freihandel auf Basis interessengeleiteter Abkommen. Im Bereich der Agrarindustrie ist die Positionierung jedoch stark protektionistisch; so wurde beispielsweise die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens abgelehnt.

- **Wirtschaftliche Auswirkungen:** Selektiver Protektionismus führt häufig zu Gegenmaßnahmen anderer Staaten. Der exportorientierte deutsche Mittelstand profitiert dagegen in besonderem Maße von verlässlichen, multilateralen Handelsabkommen, die den langfristigen Zugang zu internationalen Absatzmärkten sichern. Eine Rückverlagerung handelspolitischer Kompetenzen auf die nationale Ebene könnte zudem die Verhandlungsposition Deutschlands gegenüber großen Wirtschaftsräumen (bspw. USA, China) und Drittstaaten schwächen. Dies würde das Risiko nachteiligerer Handelsbedingungen für deutsche KMU erhöhen.

Mitzeichnende Verbände:

- Der Mittelstand. BVMW e.V.
- Der Junge Mittelstand (BVMW e.V.)
- Bundesverband IT-Mittelstand e.V.
- BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V.
- Eigenheimerverband Deutschland e.V.
- patentverein.de e.V.